NABU: Monopolkommission propagiert Investitionsstopp für Energiewende

NABU: Monopolkommission propagiert Investitionsstopp für Energiewende

Miller: Quoten für erneuerbare Energien führen in die Planwirtschaft
In dem heute vorgelegten Sonderbericht zur Energiewende fordert die von der Bundesregierung beauftragte Monopolkommission die Abschaffung der bisherigen Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien in Deutschland. Stattdessen sollen künftig alle Energieversorger mit einem Quotensystem verpflichtet werden, für ihre Kunden bestimmte Mindestanteile an Ökostrom bereit zu halten oder einzukaufen. "Dass ausgerechnet die Berater der Bundesregierung, die für Markt und Wettbewerb zuständig sind, ein System empfehlen, das an staatlichen Kontrollen, bürokratischem und finanziellem Aufwand kaum zu übertreffen ist, ist vollkommen paradox", sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Statt eine nationale Strategie für die Energiewende aufzulegen, würden die hiesigen Energieversorger zu Ausbau-Bremsern gemacht. Sie würden gezwungen, sich am Strommarkt mit möglichst billigen Grünstromzertifikaten einzudecken, weil es kaum noch Anreize für Investitionen in eigene Anlagen zur Erzeugung von Ökostrom gäbe.
Selbst das von der Monopolkommission gerne zitierte Vorzeige-Quotenmodell in Schweden sei nach Ansicht von Experten lange Zeit ein Hemmnis für den Ausbau von erneuerbaren Energien gewesen, weil es in Reinform nicht funktioniert hat. Erst nachdem mit massiven Strafzahlungen, Investitionskosten-Zuschüssen und Steueranreizen nachgebessert wurde, wurden die Vorgaben an die Energieversorger auch erfüllt. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen zudem, dass in Ländern mit Quotensystemen die Kosten für die Förderung erneuerbarer Energien aufgrund fehlender Investitionssicherheit deutlich höher liegen als mit dem deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetz. "Statt einen Systembruch und einen Ausbaustopp für erneuerbare Energien zu propagieren, müssen wir die Steuerungsinstrumente für die Energiewende intelligent weiter entwickeln. Quotenmodelle mit Verpflichtungen für die Energieversorger sind dagegen ein Irrweg in die Planwirtschaft", so Miller.
Der NABU fordert die neue Bundesregierung auf, direkt nach der Wahl ein Sofortpaket mit Maßnahmen zur kurzfristigen Kostenentlastung bei den Strompreisen vorzubereiten. "Die Ausnahmeregelungen für die Industrie und die Eigenerzeugung von Strom im Erneuerbare-Energien-Gesetz können zurückgefahren, die Entschädigungen bei Netzengpässen gekappt und die Vergütungen für windreiche Standorte gesenkt werden", so NABU-Energieexpertin Tina Mieritz.

Naturschutzbund Deutschland e.V NABU
Charitéstraße 3
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/284 984-1510
Telefax: 030-284 984-2000
Mail: presse@NABU.de
URL: http://www.nabu.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=543625" width="1" height="1">

Pressekontakt

Naturschutzbund Deutschland e.V NABU

10117 Berlin

nabu.de
presse@NABU.de

Firmenkontakt

Naturschutzbund Deutschland e.V NABU

10117 Berlin

nabu.de
presse@NABU.de

Der Naturschutzbund Deutschland e.V. - NABU - möchte Menschen dafür begeistern, sich durch gemeinschaftliches Handeln für die Natur einzusetzen. Wir wollen, dass auch kommende Generationen eine Erde vorfinden, die lebenswert ist, die über eine große Vielfalt an Lebensräumen und Arten, sowie über gute Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und ein Höchstmaß an endlichen Ressourcen verfügt.Mehr als 390.000 NABU-Mitglieder setzen sich für die Natur ein - als aktive Umweltschützer oder engagierte Förderer. Sie sind in rund 1.500 lokalen Kreisverbänden und Ortsgruppen in ganz Deutschland organisiert und vornehmlich ehrenamtlich tätig.